

Der Staat soll seine Schulen fördern. Nicht die der Reichen

FLORIAN KLENK

Die alternativen Privatschulen fühlen sich ungerecht behandelt, und das zu Recht. Sie fordern vor dem Verfassungsgerichtshof (VfGH) die finanzielle und rechtliche Gleichstellung mit konfessionellen Schulen, die vom Staat aufgrund des Konkordats üppig subventioniert werden.

Ohne zusätzliche Mittel würden die sogenannten Freien Schulen (u.a. Waldorf- und Montessorischulen) „gegen die Wand fahren“, erste Schulen mussten bereits Konkurs anmelden, heißt es in einer Aussendung.

Das Begehren der Privatschulen nach Gleichstellung mit katholischen Privatschulen ist verständlich. Tatsächlich gibt es keinen sachlichen Grund (außer dem Konkordat), dass der Staat die Lehrergehälter im konservativen Sacré Coeur berappt, in der fortschrittlichen Privatschule „Walz“ aber zum Beispiel nicht.

Der Staat sollte die Angelegenheiten der Privatschulen aber gleich ganz radikal neu regeln – und allen Privatschulen die finanziellen Mittel streichen.

Denn es gibt ein staatliches Schulsystem, an dem es an allen Ecken und Enden mangelt und aus dem sich deshalb die Wohlhabenden verabschieden. Lehrer sind dort überlastet, Migranten werden nicht ausreichend betreut. Die Schulgebäude stammen zum Teil noch aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Wer den nationalen Bildungsbericht liest, der muss erkennen, dass nicht die Schulen der Wohlhabenden, sondern der Ärmeren Geld brauchen.

Dass Eltern ihre Kinder in private Schulen stecken, soll man ihnen nicht verübeln. Aber dass der Staat das auch noch fördert, ist durch nichts zu rechtfertigen. Staatliche Bildung muss erstklassig werden. Dafür braucht es jeden Cent. Sorry, Walz und Sacré Coeur.

Salz in der pädagogischen Suppe

Betrifft: „Der Staat soll seine Schulen fördern ...“ von F. Klenk, Falter 44/16

Florian Klenk hat recht: Der Staat muss zuerst staatliche Schulen fördern. Auch mir geht es vordringlich um die Verbesserung des staatlichen Schulsystems.

Klenk schießt aber über das Ziel hinaus, wenn er den alternativen Privatschulen die gesamte Förderung streichen möchte. Über die Förderung konfessioneller Privatschulen ohne besonderen pädagogischen Schwerpunkt kann man natürlich reden. Aber nicht-konfessionelle Privatschulen verwirklichen innovative pädagogische Konzepte, sind häufig das Salz in unserer pädagogischen Suppe und gehören deshalb in unser aller Interesse unterstützt.

Übrigens: Alle alternativen Privatschulen in Österreich erhalten zusammen deutlich weniger Geld als eine einzige besonders privilegierte Schule allein, die Vienna International School. In ihr tummeln sich ne-

ben Diplomatenkindern mehrheitlich (!) die Kinder aus der dünnen heimischen Oberschicht. Sie fördert der Staat jährlich mit Millionen, obwohl die Eltern schon bei der Anmeldung bis zu 29.000 Euro und anschließend jährlich bis zu 18.000 Euro zahlen (können). Diese staatliche Förderung ist ganz sicher nicht nötig.

Es gäbe also andere Möglichkeiten, Steuergeld einzusparen. Das Aus für pädagogisch besonders engagierte Schulen wie Waldorf oder Montessori – denen inzwischen nicht wenige staatliche nacheifern – würde die Bildungslandschaft ärmer machen.

... und für die Schule gilt: „Kein Kind zurücklassen!“

DR. HARALD WALSER



**Der Autor ist
Abgeordneter zum
Nationalrat und
Bildungssprecher
der Grünen**

Wettbewerb erzeugt Dynamik

Betrifft: „Der Staat soll seine Schulen fördern ...“ von F. Klenk, Falter 45/16

Florian Klenk hat einen interessanten Kommentar geschrieben. Einige Aspekte wurden von ihm allerdings nicht bedacht, darum eine Entgegnung.

38 nichtkonfessionelle Privatschulen und die drei größten Dachverbände der Freien Schulen haben zuletzt einen Individualantrag beim VfGH eingebracht. Ziel ist die rechtliche und finanzielle Gleichstellung der Freien Schulen mit Öffentlichkeitsrecht mit den konfessionellen Privatschulen.

Das Begehren nach Gleichstellung versteht der *Falter*-Chefredakteur, Klenk fordert allerdings, dass der Staat überhaupt allen Privatschulen die finanziellen Mittel streichen sollte. Immerhin gibt es ja ein öffentliches Schulsystem, und dort fehlt es ohnehin an Geld. Sein Befund ist richtig, wir brauchen eine völlig neue Finanzierung des Schulsystems, zwei Gedanken kommen bei Klenk allerdings nicht vor: Die Freien Schulen haben die staatlichen Schulen verbessert, und ohne Wettbewerb stagniert jedes System. Ein staatliches Monopol hat selten zur Qualitätssteigerung beigetragen, Weiterentwicklung lebt vom Wettbewerb!

Denn wo wären denn all die Montessorieinflüsse in den staatlichen Schulen, wenn nicht wir Freien Schulen diese pädagogischen Innovationen erprobt hätten? Schulautonomie und Ganztagsunterricht? Bei uns längst erprobte Praxis. Dass Wettbewerb eine Dynamik erzeugt, haben die Freien Schulen bei vielen Themen bewiesen, die später von öffentlichen Schulen übernommen wurden.

Beispiele sind hier etwa der fächer- und jahrgangsübergreifende Unterricht, ganztägiger verschränkter Unterricht, gemeinsame Klassen über zwölf Jahre hinweg, gelebte Inklusion und das Aufbrechen der 50-Minuten-

Einheiten. Dass in vielen öffentlichen Schulen zunehmend auf die Stärken der Kinder statt auf deren Schwächen fokussiert wird, liegt daran, dass viele Eltern mit ihren Elternbeiträgen über Jahrzehnte hinweg diese Experimentier- und Forschungsstätte der Freien Schulen finanziert haben. Dafür braucht uns niemand Danke zu sagen, aber Wertschätzung und ein Ende der Diskriminierung wären angebracht.

Dass die staatlich gesicherte Finanzierung der freien Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht auch pädagogisch sinnvoll ist, argumentierte auch der deutsche Bildungsökonom Ludger Wößmann: „Wenn es mehr nicht-staatliche Trägerschaft gibt, werden auch die staatlichen Schulen besser. Denn Eltern und Schüler können entscheiden, wo sie hingehen – und die öffentlichen Schulen müssen reagieren. Es schneiden nicht nur die Schüler an Privatschulen besser ab, durch den generellen Wettbewerb werden alle besser.“

Andere EU-Länder haben die Gleichstellung der Schulen in freier Trägerschaft mit öffentlichen Schulen bereits umgesetzt. Beispiele dafür sind Deutschland, Dänemark und die Niederlande. Übrigens Länder, die Österreich in allen Pisa-Tests um Längen abgehängt haben. Zu glauben, ein staatliches Schulmonopol, denn darauf läuft es ohne staatliche Förderung der Privatschulen hinaus, wäre gerecht und ein Fortschritt, ist vor allem eines: eine Rolle rückwärts.

ENGELBERT SPERL, EDGAR
HERNEGGER (FOTO), BEATRICE
LUKAS, HANNES WÜRKNER



Die Autoren bilden die Initiative „Finanzielle Gleichstellung für Freie Schulen“